

Der erste grüne Ratspräsident

Der Dornacher Daniel Urech ist im Jahr 2020 höchster Solothurner. Es ist der Höhepunkt eines stetigen Schaffers.

Dimitri Hofer

Euphorisch wirkt Daniel Urech zwei Tage vor seiner Wahl zum neuen Solothurner Kantonsratspräsidenten nicht. Aufgeräumt, erwartungsfroh und voller Respekt vor der Aufgabe zeigt er sich. Im nächsten Jahr leitet der 36-Jährige die Parlamentssitzungen und vertritt den Kanton an unzähligen Anlässen. Mit einem öffentlichen Empfang auf dem Platz des Schlachtdenkmals wird er morgen Mittwoch in seiner Wohngemeinde Dornach geehrt.

Wenn der Schwarzbube wenige Stunden zuvor im Rathaus in Solothurn gewählt wird, erlebt der Kanton Solothurn eine Premiere: Urech ist der erste grüne Parlamentarier, der dem Kantonsrat vorstehen wird. «Es ist gerecht, wenn die Grüne Partei auch Verantwortung wahrnimmt», sagt der neue höchste Solothurner. Gleichzeitig schränkt er ein, dass die Parteipolitik in seinem Amt keine Rolle spielen dürfe. Er freue sich sehr darauf, die Vielfalt des Kantons Solothurn kennen zu lernen. Im Ratsbetrieb habe er nicht vor, die Kantonsrätinnen und Kantonsräte bei jeder Gelegenheit zurechtzuweisen. «Ich finde es wichtig, dass man im Parlament frei reden kann.»

Trotz jungen Alters eine beachtliche Karriere

Mit der Wahl zum Kantonsratspräsidenten krönt Daniel Urech sein bisheriges politisches Schaffen. Seine Karriere ist gekennzeichnet von einer grossen Akribie und Konstanz. Trotz seines noch immer jungen Alters kann er bereits auf viele Jahre in der Politik zurückblicken. Dem Solothurner Parlament gehört er seit dem Jahr 2011 an, dem Dornacher Gemeinderat seit 2005. Seither hat er diese Ämter inne und verspürt noch längst keine Abnutzungserscheinungen, wie er sagt. Es sei befriedigend für ihn, sich für den Erhalt der Demokratie einzusetzen. Die Lust an diesem Engagement sei ihm noch nicht vergangen.

«Mit 18 Jahren wurde ich Mitglied des Wahlbüros und begann, mich intensiv für Politik



Daniel Urech im Garten des Klosters Dornach. Der Schwarzbube wird Kantonsratspräsident.

Bild: Juri Junkov (Dornach, 9. Dezember 2019)

zu interessieren.» Bald darauf stieg er in den Gemeinderat ein. «Die lokale Ebene macht mir am meisten Spass», erzählt Urech. Man sei nahe an der Bevölkerung und erhalte oft Rückmeldungen. Es käme häufig vor, dass er von Dornacherinnen und Dornachern angesprochen werde. Die Herausforderungen des Hauptorts des Schwarzbubenlands sind zahlreich: Die Umnutzung des Weidenareals, die Erneuerung der Schulinfrastruktur und die immer wieder verschobene Sanierung der Dornacher Gemeindeverwaltung.

Höhere Mehrwertabgabe, längerer Vaterschaftsurlaub

Im Solothurner Kantonsrat beschäftigt sich Urech hingegen meist mit übergeordneten Themen. Erfolge feiern konnte er

mit einem Vorstoss zur Mehrwertabgabe. Aufgrund seines Auftrags ist es Gemeinden möglich geworden, einen grösseren Anteil des Planungsmehrwerts abzuschöpfen. Eine angepasste Version eines anderen Vorstosses sorgte dafür, dass im Kanton Solothurn der Umfang des Vaterschaftsurlaubs überprüft wird. Schon vor fünf Jahren wandte er sich an die Solothurner Regierung und wollte Fragen zu den Auswirkungen des Klimawandels auf den Kanton beantwortet haben.

Seit acht Jahren gehört der Schwarzbube im Kantonsrat der Justizkommission an. Hier kann er seine Fachkenntnisse einbringen: Nach dem zweisprachigen Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Fribourg arbeitete er während eini-

ger Jahre als juristischer Mitarbeiter der Stadt Bern. Seit Anfang 2017 ist er in Dornach als selbstständiger Anwalt und Notar tätig. In der 6000-Einwohner-Gemeinde lebt er zusammen mit seiner Frau.

Eine Einladung ins Schwarzbubenland

Die Arbeit, die Urech im Solothurner Kantonsrat betreibt, ist weiter weg von den Einwohnern des Dorneck-Thiersteins. «Da mache ich mir keine Illusionen. Kantonale Projekte haben bei uns oft nur wenig Widerhall, da vor allem interessiert, was in der Region Basel passiert.» Sein Mandat als einer von 13 Kantonsratsmitgliedern aus dem Schwarzbubenland nutzt Urech dazu, sich für die Amtei einzusetzen. Zuletzt fragte er nach,

wie die Sicherheit für Velofahrer auf der Gempenstrasse erhöht werden könnte. Im Sommer wird er den Kantonsrat zu einem Ausflug ins Schwarzbubenland einladen. Bei der Zusammenarbeit zwischen dem Kanton Solothurn und beiden Basel im Bildungsbereich sieht er Verbesserungspotenzial. Damit spricht er den Besuch von Solothurner Schülerinnen und Schülern an Baselbieter Sekundarschulen an, der in Frage gestellt ist.

Daniel Urech ist seit dem Präsidentschaftsjahr von Christian Imark vor acht Jahren der erste Kantonsratspräsident aus dem Dorneck-Thierstein. Hat er ähnliche Ambitionen wie der heutige SVP-Nationalrat aus Fehren? «Jetzt freue ich mich erst einmal auf das nächste Jahr. Dann schauen wir weiter.»

Nachrichten

Baselbieter Justiz-Ikone Peter Meier ist tot

Lupsingen/Liestal Völlig unerwartet ist der erste Baselbieter Kantonsgerichtspräsident Peter Meier gestorben. Er sei in der Nacht auf Samstag in seinem Heim in Lupsingen im Alter von 75 Jahren eingeschlafen, berichtet Online Reports. Seine Familie wie Freunde habe die Todesnachricht wie ein Schock getroffen. Vor mehreren Jahren hat sich Meier einer schweren Herzoperation unterziehen müssen, von der er sich aber dem Vernehmen nach gut erholt hat. Meier, ein promovierter Anwalt, war Mitglied der FDP. Er gilt als Vater des Baselbieter Ombudsmangengesetzes. Ebenso entstand das erste Datenschutzgesetz unter seiner Leitung. Die Tätigkeit des Kantonsgerichtspräsidenten hatte er bis zu seiner Pensionierung inne. (bz)

Mit 123 Sachen bei Baustelle auf A18 geblitzt

Muttenz Die Baselbieter Polizei hat einen Raser aus dem Verkehr gezogen. Der 21-jährige Schweizer wurde auf der A18 bei Muttenz bei erlaubten 60 Stundenkilometern (km/h) mit 123 km/h erwischt. Geschnappt wurde der Mann in der Nacht auf Sonntag bei einer mobilen Geschwindigkeitskontrolle kurz nach 1.45 Uhr im Bereich einer Baustelle, wie die Kantonspolizei gestern mitteilte. Dem Raser, der in Richtung Delsberg unterwegs gewesen war, wurde der Führerausweis an Ort und Stelle abgenommen. Zudem wurde auf Weisung der Staatsanwaltschaft sein Auto beschlagnahmt. (sda)

WBZ hat neuen Gastronomiebetrieb

Reinach Mit einer kleinen Feier hat das Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte (WBZ) in Reinach am Freitag die Neueröffnung des öffentlichen Gastronomiebetriebs Piazza gefeiert. Das neue Betriebskonzept schafft mehr Teilhabe: Neben dem internen Betrieb bietet die WBZ-Gastronomie auch ein reichhaltiges Angebot für externe Gäste in der Region. Damit biete das «Piazza» auch ein neues, grosses Fenster nach aussen, sagte WBZ-Direktor Stephan Zahn. (bz)

Nun gibts Widerstand gegen Preisigs Sterbe-Hospiz

Hofstetten-Flüh Das geplante Sterbehospiz von Erika Preisigs Stiftung Eternal Spirit beschäftigt die Menschen im hinteren Leimental: Nach Ablauf der Frist am vergangenen Freitag sind mehrere Einsprachen von Privaten eingegangen. Darüber berichtete das «Regionaljournal Basel» von SRF. Die Einsprachen müssen nun von der lokalen Bau- und Planungskommission behandelt werden. Neben Privaten hat auch die Gemeinde selber Einsprache erhoben. Dies allerdings nicht aus grundsätzlicher Skepsis gegenüber der Sterbehilfe oder dem vorliegen-

den Projekt. Vielmehr will die Gemeinde mit ihrer Einsprache Einfluss nehmen auf Rahmenbedingungen und Nutzungen, sagte Gemeindepräsident Felix Schenker kürzlich zur «bz».

Wegen der Einsprachen wird sich das Projekt verzögern. Preisig will in Flüh eine ältere, am Rande eines Gewerbegebiets (aber in der Wohnzone) gelegene Villa zu einem Bed & Breakfast mit Sterbe- und Ferienzimmer für Pflegebedürftige umbauen. An der heutigen Gemeindeversammlung dürfte das Hospiz ebenfalls zum Thema werden. (bz)

Bottminger Kritik am Gemeindeverbund

Der Verein «Leimental plus» hat ein Demokratiedefizit, findet die Gemeindekommission.

In den neun Gemeinden des Baselbieter Leimentals mit ihren insgesamt 70 000 Einwohnern ist der geplante Gemeindeverbund derzeit das grosse politische Thema. Die Ortsparlamenten von Allschwil und Binningen haben den Beitritt zu «Leimental plus» bereits abgesegnet (bz von gestern Montag). An mehreren Gemeindeversammlungen diese Woche erscheint die Zustimmung als reine Formsache. Nicht so in Bottmingen: Hier wird die vorberatende Gemeindekommission dem Souverän morgen Mittwoch ein Nein

empfehlen. «Das ist eine Vogel-friss-oder-stirb-Vorlage», kritisiert Kommissionsmitglied und SVP-Landrat Hanspeter Weibel. Die Versammlungen könnten dem Vertragswerk nur so wie es vorliegt zustimmen, nicht aber Änderungen vornehmen. Letztere wären aber angebracht.

«Sololauf der Leimentaler Gemeinderäte»

Grundsätzlich befürwortet die Kommission die Zusammenarbeit unter den Gemeinden. In vielen Bereichen seien gemeinsame Lösungen nötig und sinn-

voll; etwa in der Altersversorgung. Dennoch hat Weibel für das «undurchsichtige und schwammige» Vereinskonstrukt wenig übrig. «Nachdem im Baselbiet die Bezirke abgeschafft wurden, wird eine neue Staatsebene eingeführt. Eine mit unklaren Kompetenzen und einem Demokratiedefizit.» So könnten die Gemeinden zwar jährlich über das Budget des Vereins befinden. Welche Beschlüsse dieser fällt, sei dem Souverän grösstenteils entzogen, kritisiert Weibel. Auch fehle eine gemeinsame definierte Oberaufsicht.

Zwar wurden die Vereinsstatuten an einem Workshop von 50 Leimentaler Gemeinderäten erarbeitet. «Doch eine breite Vernehmlassung, an der sich auch Ortsparteien beteiligen konnten, hat nicht stattgefunden. Das war ein Sololauf der Exekutivpolitiker.» Weibel räumt ein, dass die Bottminger Gemeindekommission wohl keinen Meinungsumschwung herbeiführen könne. Man wolle zumindest rechtzeitig darauf aufmerksam machen, dass das Projekt nicht so gelungen sei, wie dies manche Gemeinderäte darstellten. (haj)